An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Donnerstag, den 10. April 1919. 41 Seiten.—Nr. 24.

Soviet-Kongreß friedlich gesinnt

Verlangt von der Regierung die gleichen Machtbefugnisse wie sie der Reichstag besitzt; Verbindung zwischen Moskau und München

Ex-Bayernkönig findet ein Asyl in der Schweiz

Berlin, Mittwoch, 9. April.—Das Zwölfuhr-Blatt meldet, daß diplomatische Beziehungen zwischen der russischen und bayerischen Sovietregierung hergestellt worden sind.

Berlin, 9. April. (Verzögert; von Frank J. Taylor, Korrespondent der United Preß.) — In Magdeburg, Düsseldorf und Essen ist es zu Straßenkämpfen gekommen; eine Anzahl Personen wurde getötet. Ueber die genannten Städte ist das Kriegsrecht erklärt worden.

Hier eingetroffenen Meldungen zufolge hat die bayerische sozialistische Regierung ihren Sitz wieder verlegt. Bis vor wenigen Tagen befand sich derselbe in Bamberg. Unter Leitung des sozialistischen Ministerpräsidenten Hoffmann wird ein Heer gebildet. Es ist beschlossen worden, gegen München und andere Städte, die sich für den Kommunismus erklärt haben, eine Hungerblockade zu inszenieren. Ein Bürgerkrieg in Bayern steht nur dann zu erwarten, wenn es den Sozialisten gelingt, ein starkes Heer geübter Truppen zu bilden.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der National Soviet Kongreß, der gegenwärtig hier tagt, seine Arbeiten darauf beschränken wird, von der Scheidemann-Regierung gewisse Reformen zu verlangen, ohne sich in Drohungen zu ergehen. Bei der Eröffnungssitzung stellte der Präsident Cohen, Majoritätssozialist, den Antrag, die Regierung aufzufordern, dem Sovietkongreß die gleichen Machtbefugnisse wie dem Reichstag der Republik zu geben. Dieser Antrag wurde später zur Platform des Kongresses erhoben, trotzdem sich das radikale Element dagegen stemmte; demselben war diese Forderung zu mäßig.

Die deutsche Regierung hat das Ministerium des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann anerkannt und Stellung gegen die dortige Sovietregierung genommen.

Die Berliner Bankangestellten nehmen eine drohende Haltung ein.

Soviet gewinnt mehr Anhang.

Paris, 10. April. — Hier eingetroffene Depeschen besagen, daß in Baden eine Sovietbewegung im Gange ist. Die Regierung hat Gegenmaßregeln getroffen.

Berlin, 10. April. — Der Braunschweiger Korrespondent des Lokalanzeigers meldet, daß in Braunschweig ein allgemeiner Streik ausgebrochen ist und alle Anzeichen vorhanden sind, in Braunschweig eine Sovietrepublik auszurufen. In einer Massenversammlung, so meldet der Korrespondent, befürwortete der unabhängige Sozialist Mergen einen Anschluß an den russischen Soviet als die einzige Rettung für Deutschland, das am Rande des Abgrunds stehe. Unter dem Beifall seiner Zuhörer verlangte er, daß sofort die Sovietrepublik erklärt wird und ein Bündnis mit Rußland und Ungarn hergestellt wird. Der neuerwählte Arbeiterrat hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab und erklärte sich als die einzige gesetzgebende Körperschaft in Braunschweig.

Truppen in Magdeburg.

Zeitungsberichten zufolge haben Regierungstruppen gestern früh ihren Einzug in Magdeburg gehalten, ohne daß sie auf starken Widerstand stießen. Der Domplatz wurde von Aufständischen gesäubert und die Hauptstraßen wurden besetzt; unter dem Schutz der Soldaten ist der Bahndienst wieder aufgenommen worden. Das Hauptquartier der Spartaker ist von den Noske'schen Garden besetzt worden, desgleichen die Zitadelle. Die Elbebrücke aber wird immer noch von den Aufständischen besetzt gehalten. Sie sollen gedroht haben, selbige zu sprengen.

Die Lage in Bayern.

Die Stadt Schweinfurt in Unterfranken hat sich für die Sovietregierung erklärt. Der bayerische Bauernbund hat ein Manifest gegen den Soviet in München erklärt und beschlossen, München und Augsburg von aller Nahrungsmittelzufuhr abzuschneiden. Diese Blockade soll so lange aufrecht erhalten bleiben, bis die Sovietregierung zurücktritt.

Genf, 10. April. — Der frühere König von Bayern hat von der Schweizer Regierung Erlaubnis erhalten, seinen Wohnsitz in der Schweiz aufzuschlagen, doch darf er keine große Dienerschaft mit sich führen. Er wird ein Schloß inIzers, nahe Chur, beziehen.

Spartaker und Bolschewisten.

Genf, 10. April. — Aus absolut zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß ein formell abgeschlossener Bündnisvertrag zwischen den deutschen Spartakusleuten und den russischen Bolschewisten besteht.

Dieser Vertrag wurde am 5. Januar zwischen Dr. Karl Liebknecht, als dem Vertreter der deutschen Spartakusleute, und Karl Radek, dem Bevollmächtigten der russischen Soviet-Regierung, abgeschlossen. Die historische Szene der Unterzeichnung des Bündnisses spielte sich in dem bescheidenen Zimmer ab, das Rosa Luxemburg in einem Vororte von Berlin bewohnte. Rosa Luxemburg selbst unterzeichnete ebenfalls das Bündnis.

Nach den Bestimmungen des Bündnisses verpflichtete sich Lenine erstens, Liebknecht als Präsidenten der deutschen Soviet-Republik anzuerkennen, zweitens, Gelder für die Spartakus-Propaganda zu liefern, drittens, den Spartakusleuten besonders ausgebildete Agenten zur Verfügung zu stellen und viertens, eine russische Armee über die deutsche Grenze zu schicken, zu dem Zwecke, einen für denselben Zeitpunkt zu inszenierenden Spartakus-Aufstand zu unterstützen.

Liebknecht, andererseits, verpflichtete sich, eine Soviet-Regierung in Deutschland aufzurichten, genau die in Rußland getroffenen Anordnungen nachzumachen und den Ratschlägen Lenines in dieser Beziehung zu folgen, und schließlich eine „Rote Armee" von 500,000 Mann zu liefern, die dem Oberbefehl von Trotzky, dem russischen Kriegsminister, zu unterstellen wäre.

Liebknechts und Rosa Luxemburgs Ermordung machte einen dicken Strich durch diese Rechnung. Die Spartakusleute machten zwar einen Putsch, doch gelang der Anschlag nicht, da die Führer fehlten. Trotzky sah unter den Umständen ganz davon ab, eine Armee über die deutsche Grenze zu schicken.

U. S. Truppen führten sich in England gut auf

London, 10. April.—Britische Städte, in deren Nähe sich amerikanische Truppenlager befunden haben, bereiten sich vor, den amerikanischen Truppen für deren gutes Benehmen ihren Respekt zu erweisen. Eine Denkschrift wird abgefaßt werden, die von den Bürgermeistern dieser Städte unterzeichnet ist und den amerikanischen Behörden binnen kurzem überreicht werden wird. In derselben wird das feine Betragen der Yanks lobend erwähnt und dem Bedauern darüber Ausdruck verliehen werden, daß die Amerikaner England verlassen. Die Denkschrift wird vom Lordmayor Londons dem amerikanischen Botschafter überreicht werden. Eine ähnliche Denkschrift soll Präsident Wilson erhalten.

Starb mit 104 Jahren.

Waukon, Ia., 10. April.—Mary O'Rourke, die älteste Frau in Iowa, ist am 9 April im hohen Alter von 104 Jahren selig entschlafen. Sie starb am Tage nach ihrem Geburtstage; sie war Mutter von 14 Kinder.

In Manchester wurde die zeitweilige Schließung aller Fabriken angeordnet, die amerikanische Baumwolle verwenden. Auch die Wege der Freundschaft sind bisweilen wunderbar.

— Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.

Hundert Sturmopfer im Panhandle

Dallas, Tex., 10. April. — Der Sturm in Nord Texas und Oklahoma hat viel mehr Opfer gekostet und viel größeren Sachschaden angerichtet, als gestern gemeldet wurde. Man zählt etwa 100 Tote heute, mehrere Hundert Verwundete und schätzt den angerichteten Sachschaden auf mehrere Millionen von Dollars.

Als tot festgestellt sind heute 97, doch fürchtet man, daß sich diese Zahl noch erhöhen wird, wenn die unterbrochenen Telephon- und Telegraphenlinien repariert sind und eine Verbindung mit dem heimgesuchten Landstriche wieder möglich machen. Die kleinen Orte von Texas wurden am schwersten betroffen.

Der der Ernte zugefügte Schaden wird schon jetzt auf Millionen festgesetzt, da die Hauptprodukte von Texas sich gerade jetzt in der Lage befanden, wo sie am leichtesten beschädigt werden können.

Die am schwersten betroffenen Counties in Texas sind: Grayson, Fanning, Hunt, Wood, Van Zendt, Wichita, Collin, Camp und Titus; in Oklahoma: Bryan, Cotton und Pontotoc.

Die Oelfelder von Wichita County und Süd-Oklahoma allein erlitten Schaden, der sich auf Hunderttausende beläuft.

Rettungsarbeiten.

Die Rettungsarbeiten wurden die ganze Nacht fortgesetzt. Fünfzig Zelte wurden von einer W. O. W. Loge, die in Dallas eine Konvention abhielt, geborgt und schleunigst nach Leonard, Tex., befördert. Auch das Rote Kreuz hat seine Rettungsarbeit im heimgesuchten Distrikte begonnen.

Tausende sind ohne Heim. In vielen Gegenden sind die Aerzte nicht imstande, sich aller Verletzten anzunehmen, Krankenhäuser, Verbandmittel usw. fehlen. Kirchen, städtische Gebäude und Schulhäuser sind in Krankenhäuser umgewandelt worden.

Es waren drei verschiedene Stürme, die sich über eine weite Fläche ausbreiteten, vom nördlichen Zentraltexas bis hinein nach Arkansas.

In Texarkana, Tex., wurde ein Neger mehrere Hunderte von Yards vom Sturme mitgerissen. Seine Leiche fand man in einem Baume. Nahe Walters, Okla., wurden zwei Männer in einen großen Wasser-Tank geblasen, in dem sie mehrere Stunden zubringen mußten.

Zu all dem Elende kam noch, daß die Temperatur gestern abend plötzlich fiel und es zu schneien begann. Weite Strecken waren heute morgen mit Schnee bedeckt. Vom Panhandle werden 10 Zoll Schnee berichtet, der den Bahnverkehr sehr schadete.

Der Fall von Odessa stärkt Bolschewismus

Paris, 10. April. — Der Grund der Befürchtungen seitens der Alliierten wegen des Falles von Odessa liegt darin, daß dadurch den Bolschewiki aus dem getreidereichsten Gebiete Rußlands Zufuhr von Getreide, Kohle und Mineralien ohne Schwierigkeit zuteil wird. Die Ursache des Rückzuges der alliierten Streitkräfte ist darin zu suchen, daß die Bolschewiki beständig neue Kräfte heranzogen und es schwierig wurde, Nahrungsmittel für die Truppen zu erlangen. Der Befehlshaber entschied sich deshalb zum Rückzuge mit seiner Streitmacht von 50,000 Mann.

Quebec stimmt über Wein und Bier ab

Montreal, 10. April. — Die Bevölkerung der Provinz Quebec stimmt heute darüber ab, ob Bier und Wein aus der Prohibitionsakte, die am 1. Mai in Kanada in Kraft tritt, ausgeschaltet werden soll. Gestern abend hielten Gegner der Prohibition und Prohibitionisten einen großen Fakelzug ab; die „Nassen" aber waren den Prohibitionisten bedeutend an Zahl überlegen. Die Marseillaise singend, durchzogen sie die Straßen der Stadt. Heute früh ging ein starker Regen nieder; dieses wird von den Antiprohibitionisten als ein gutes Omen betrachtet. Reisende, die aus dem östlichen Quebec und den Land-Distrikten hier eingetroffen sind, sagen, daß die Landbevölkerung eine kleine Mehrheit für Beibehaltung von Wein und Bier abgegeben wird. Da Quebec aber stark gegen Prohibition ist, dürften die Nassen den Sieg errungen.

Beruft Euch bei Eurer Einkäufen auf diese Zeitung.

Kommt Friede zu spät? Rote Flut mächtiger

Der Bolschewismus greift in Deutschland stets weiter um sich und bedroht die Ebert-Regierung.

Berlin, 6. April. (Von Karl H. von Wiegand, Stabskorrespondent der „Omaha Tribüne" und „Sun." —Copyright 1919; alle Rechte vorbehalten.)—Hier wird der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß die Ankunft von Frieden und Nahrung zu spät kommen mag, um die rote Flut zu dämmen, welche nicht mehr zurückgehalten werden kann und sich imer mehr ausdehnt. Auf der einen Seite spricht man davon, daß Wehrminister Noske, der starke Mann der Regierung, Scheidemann als Kanzler ersetzen soll, und auf der andern Seite hört man, daß Hugo Haase, der Führer der Unabhängigen, der mit den Spartakisten sympathisiert, diesen Posten erhalten mag. Sollte die Krisis nicht in der nächsten Woche ausbrechen, dann dürfte sie noch bis zum Abschluß des Friedens hinausgeschoben werden können.

Der Bolschewismus hat einen weiteren Schritt nach dem Westen getan und ist mit dem Generalstreik in Stuttgart und im Westen von Bayern und der Forderung der Arbeiterschaft in Augsburg, daß man mit Ungarn und Rußland fraternisieren und sich diesen Ländern anschließen müsse, dem Rhein näher gekommen.

Dem Streik in Augsburg folgten große Demonstrationen, und die Arbeiter- und Soldatenräte riefen Versammlungen ein, in welchen die Solidarität Bayerns mit Ungarn erklärt und die Soviet-Republik verlangt wurde. Eine russische Delegation ging nach München, um die sofortige Proklamation einer Republik nach dem Muster Rußlands und Ungarns zu fordern.

Die Zusammenstöße zwischen Truppen und Streikern in Stuttgart dauerten an. Amtlich wird gemeldet, daß 13 Personen getötet wurden, doch glaubt man, daß die Zahl viel zu niedrig gegriffen ist.

Sturz der Regierung befürchtet.

Ueber diese neue Flankenbewegung der Roten im Süden, zusammen mit der weiteren Ausdehnung des Streiks im Ruhrdistrikt, wo nunmehr ungefähr 150,000 Arbeiter feiern, macht sich in Regierungskreisen große Unruhe bemerkbar. Die Regierung versucht, das Volk zu überreden, daß sie in der Danzigfrage auf der Konferenz in Spa einen teilweisen Sieg errungen habe, aber die Wirkungen davon werden durch die Entwicklungen in Süddeutschland wie durch die Gerüchte, der Kongreß der Soldaten und Arbeiter von ganz Deutschland, welcher am Dienstag zusammentritt, werde die Aufrichtung einer Soviet-Regierung für Deutschland fordern und die Radikalen würden zur gleichen Zeit den Versuch machen, die jetzige Regierung mit Waffengewalt zu stürzen, beinahe aufgehoben.

Truppen nicht verläßlich.

Dadurch ist sowohl die Regierung wie auch das Publikum in einen Zustand hochgradiger Nervosität verfallen, wie weit es sich aber nur um die Nerven handelt und in wie weit wirkliche Gefahr vorhanden ist, ist schwer zu entscheiden. Die Regierung tappt offenbar bezüglich der Absichten und Pläne der Radikalen sehr im Dunkeln und die herrschende Unruhe wird durch die allgemeine Annahme, daß sich die Regierung auf die Truppen, wie sich wiederum bei der Entwaffnung des Kaiserin Auguste Regiments zeigte, das beinahe dabei war, zum Bolschewismus überzugehen, nicht verlassen kann, auch nicht gemindert.

Die Schwäche der Regierung und ihr Mangel an moralischem Einfluß zeigt sich in ihren Handlungen, indem sie immer und überall zur Verwendung der Militärmacht zurückgreift, während das alte Regime im Stand war, mit Hilfe der Polizei die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Entwicklungen in Bayern und Württemberg werden von ähnlichen Erscheinungen anderswo begleitet, nämlich von Schüchternheit und Unterwürfigkeit der mittleren oder besitzenden Klassen, von denen nur wenige veranlaßt werden können, ihre Rechte zu verteidigen und bei der Erhaltung von Gesetz und Ordnung mitzuwirken.

Beunruhigende Berichte aus Wien und Sofia.

Berichte aus Wien melden, daß die ungarischen Agitatoren dort in großer Zahl eingetroffen sind, und daß die dortige Lage eine sehr prekäre ist. Eine weitere Nachricht kommt aus Sofia, daß Vertreter der russischen und ungarischen Soviet dort angelangt sind und versuchen, die Bulgaren zu bestimmen, ihrer Sache beizutreten.

Die neue kommunistische Regierung in Ungarn scheint alle Lehren Lenines und Trotzkys in die Praxis umzusetzen, wenn hier eingetroffene Berichte zuverlässig sind. Ein hier aus Budapest angelangter deutscher Beamter gibt weitere Einzelheiten über die Uebernahme der Banken durch die Soviet-Regierung. Das Herausziehen kleiner Depositen-Beträge wird nur gestattet, falls der Beweis absoluten Bedarfs erbracht wird.

Ein Zentralrat von Arbeitern, Soldaten und Bauern, bestehend aus 24 Delegaten, 18 davon angeblich Juden, bildet die Regierungs-Exekutive. Nachdem er die Banken in seinen Besitz gebracht hat, beschlagnahmt dieser Exekutivrat jetzt Privateigentum, wobei er unter anderem den Grundsatz aufstellt, daß keine Familie mehr als ein Zimmer pro Person haben darf; die anderen Zimmer werden Arbeitern zugewiesen. Infolge dessen wohnen jetzt Arbeiter in palastartigen Räumen, deren kunstvolle Ausstattung und Eleganz sie wenig zu schätzen wissen.

Derselbe deutsche Beamte berichtete, daß aus Besorgnis davor, daß früher oder später ein Umschwung kommen möge, alle Besitzurkunden und Hypothekenscheine verbrannt werden, um Eigentümer-Ermittlung unmöglich zu machen. Diese Methode wird auch auf Anlage-Bestätigungsscheine angewandt, gleichviel ob im In- oder im Ausland ausgestellt.

Da die deutschen Banken große Interessen in Ungarn haben und dort viel deutsches Kapital angelegt ist, hat der Bericht des Beamten in hiesigen Finanzkreisen große Bestürzung hervorgerufen. Ueber die Drähte kommt aus Budapest nur wenig Nachricht. Die vielgerühmte Freiheit der Soviets bekundete sich zunächst in der Einrichtung höchst strenger Zensur.

Die Meldung, daß Bela Kun, welcher der Lenin Ungarns zu sein versucht, in München eingetroffen sei, hat hier Aufregung verursacht, ist aber nicht wahr. Es handelte sich um eine Verwechslung. Ein österreichischer Beamter, der mit einer Kommission aus Budapest im nämlichen Zuge reiste, wurde irrtümlich für Bela Kun gehalten, weil er ihm etwas ähnlich sieht.

Schneepflüge nötig in West-Nebraska

Kearney, Nebr., 10. April.—Seit frühem Mittwoch morgen sind hier und in der Umgegend 6 Zoll Schnee gefallen, aber das Thermometer ging nur zum Gefrierpunkt herunter. Ein heftiger Sturm verursachte Schneewehen in den Straßen der Stadt und legte den Verkehr lahm.

Zweigbahnen sandten ihre Züge aus, doch erwartet man nicht, daß sie durchdringen können. Zwischen hier und Stapleton werden schwere Stürme gemeldet und alles Kartoffelpflanzen, sowie andere Farmarbeiten mußten aufgegeben werden.

Stürmisches Wetter herrschte in ganz West-Nebraska, aber es war die Sorte Wetter, die das Herz des Farmers froh macht, da es meist aus Regen und sehr nassem Schnee bestand. An vielen Stellen waren die Schneewehen so hoch, daß die Burlington Schneepflüge ausschicken mußte.

Die niedrigste Temperatur Nebraskas war 20 über Null in Greeley Center und 24 in O'Neill. Die höchste scheint 40 gewesen zu sein.

Die „Schwarzen Berge" sind voll von Schnee, doch wurde der Bahnverkehr nicht unterbrochen.

In Fachkreisen ist man der Ansicht, daß die Feuchtigkeit dem Winterweizen sehr förderlich sein wird.

Viehzüchter in Bor Butte County und nahebei melden schweren nassen Schnee mit einem Sturme von 50 Meilen Schnelligkeit, der beträchtlichen Schaden anrichtete. Hier und da mußten Rinder aus den Seen der Sandberge mit Hilfe von Gespannen gezogen werden. Bahnverkehr war nur für wenige Stunden unterbrochen.

Japanische Truppen nach Korea gesandt

Honolulu, 10. April. — Sechs Bataillone japanischer Truppen werden nach Korea zur Unterdrückung eines Aufstandes gesandt, der sich rasch verbreitet, so lautet ein Kabelgramm, das die Nippu Jiji in Tokio erhalten hat

Einigen sich auf Kardinalpunkte

Ex-Kaiser soll prozessiert werden; ihm winkt Verbannung; das Saartal bleibt deutsch, muß aber Frankreich Kohlen liefern

$5,000,000 muß Deutschland in 2 Jahren zahlen

Paris, 10. April. (Von Fred. S. Ferguson, Korrespondent der United Preß.)—Obwohl die „Großen Vier" ein Uebereinkommen hinsichtlich der Höhe der Schadenersatzsumme und der Kriegsverantwortlichkeit getroffen haben, so bleibt der Friedenskonferenz immer noch viel zu tun übrig. Jetzt aber gilt es, sich mit der Aufhebung der Geheimverträge, die vor dem Eintritt der Amerikaner in den Krieg abgeschlossen worden waren, zu befassen. Herr Wilson hat in seinen 14 Punkten darauf gedrungen, daß keine Geheimkontakte abgeschlossen werden dürfen, und es steht außer Frage, daß er von seinen Prinzipien um kein Jota abweichen wird.

Die Forderungen Griechenlands sind ebenfalls noch zu erledigen, desgleichen die Ansprüche Italiens und der Jugoslaven auf das Adriatische Meer. Italien steift sich auf den Londoner Vertrag, in welchem ihm die Herrschaft über das Adriatische Meer zugesprochen wurde.

Der Entschluß der „Großen Vier", den ehemaligen deutschen Kaiser der Kontrolle der Alliierten zu unterstellen, wird von Beobachtern so ausgelegt, daß ihm vor einem internationalen Spezialtribunal der Prozeß gemacht werden soll, und die Möglichkeit ist vorhanden, daß er aus Europa verbannt werden wird. Das Todesurteil über ihn aber wird nicht verhängt werden.

In Bezug auf die Zahlung von Schmerzensgeldern haben sich die „Großen Vier" dahin geeinigt, daß Deutschland innerhalb zwei Jahren die Summe von $5,000,000,000 zu zahlen hat; eine Finanzkommission soll später feststellen, welche weitere Summen von Deutschland zu erheben sind. Es ist dieses ein Kompromiß, auf welchen man sich nach wochenlanger Debatte geeinigt hat.

Das Saartal bleibt deutsch, doch ist es den Franzosen gestattet, genügend Kohlen von dort zollfrei einzuführen. Indessen soll den Deutschen das Recht zustehen, die zerstörten Kohlenbergwerke bei Lens wiederherzustellen, worauf die Zufuhr aus dem Saartal einzustellen ist.

Die Völkerligakommission wird sich heute abend wieder versammeln, um sich über die Annahme der revidierten Konstitution schlüssig zu werden. Dieselbe wird auch mehreren Frauen Gehör schenken, die mit mehreren Empfehlungen, die auf Frauenarbeit Bezug haben, vor die Kommission treten werden.

Die Spannung läßt nach.

Washington, 10. April. (Von Robert J. Bender.) Auf dem einmal betretenen Weg weiter schreitend, meldet der Präsident in einer hier eingetroffenen Privatdepesche, „seinen Fortschritt" während der letzten 24 Stunden. In der Depesche wird ferner gesagt, daß sich der Gesundheitszustand des Herrn Wilson anhaltend bessert, daß er gestern seit seiner Wiederherstellung den ersten Ausflug unternahm und daß er durch die Gewalt seiner „persönlichen Kraft" zufriedenstellende Fortschritte macht. Infolge dieser Nachricht hat sich die Stimmung in hiesigen offiziellen Kreisen bedeutend gehoben. Die Spannung jedoch hat nur etwas nachgelassen—ganz gehoben ist sie noch nicht. Ein Beamter, der mit den Verhältnissen vertraut ist, erklärt, daß diese Woche „wahrscheinlich die kritischste und sicherlich die dramatischste in der Weltgeschichte ist" Er deutet ferner an, der Präsident dürfte in dieser Woche auf endgiltige Entscheidungen dringen. Man erwartet von ihm, daß er Lloyd George, Clemenceau und Orlando seine 14 Punkte immer wieder vor Augen führen und schließlich mit seinen Ansichten durchdringen wird.

Paris, 10. April.—Ministerpräsident Lloy George wird sich Montag nach London begeben, am Dienstag eine Rede im Parlament halten und am Mittwoch wieder nach Paris zurückkehren. Man erwartet, daß die Konstitution der Völkerliga dann angenommen werden wird und nur zu unterzeichnen ist.

Gouv. McKelvie unterzeichnet die Siman Bill

Lincoln, Nebr., 10. April. — Gouv. McKelvie hat Mittwoch die Siman Bill, Hausrolle No. 24, unterzeichnet, die bekanntlich fremdsprachlichen Unterricht in allen Schulen unter dem 9. Grade verbietet. Da das Gesetz die Dringlichkeitsklausel enthält, ist es sofort nach seiner Unterzeichnung in Kraft getreten.

Auch das Pfarrschulen-Kontrollgesetz ist bereits in Kraft. Nur haben nach diesem Gesetz die Lehrer dieser Schulen bis zum 1. Sept. 1919 Zeit, ihre Lehrerzertifikate zu erlangen.

Der Senat hat die Vorlage 240 angenommen, welche Städten das Recht gibt, unabhängige Licht- und Kraftanlagen zu errichten. Es ist dies die Vorlage, die R. B. Howell an's Tageslicht brachte, nachdem er angeblich mit der Nebraska Power Co. einen Kompromiß eingegangen war.

E. G. Mayfield tritt zurück

Lincoln, 9. April. — E. G. Mayfield, Mitglied der Staatskontrollbehörde, ist als solches zurückgetreten, nachdem das Untersuchungskomitee der Legislatur ihn der Unfähigkeit angeschuldigt hatte. In seinem Abdankungsschreiben an Gouv. McKelvie hebt Herr Mayfield hervor, daß er bereits am 1. Januar zurücktreten wollte, ohne Rücksicht auf irgend welche Stellungnahme des Untersuchungskomitees. Der Verwaltungsrat habe die Wohltätigkeits-Institute des Staates mit großer Gewissenhaftigkeit verwaltet und falls Fehler vorgekommen seien, so seien sie Fehler des Urteils gewesen und nicht auf die Absicht zurückzuführen.

Die Resignation Mayfields wurde von Gouv. McKelvie sofort angenommen.

Ungarn sucht, Rumänien für sich zu gewinnen

Wien, 10. April. — Die Kommunisten setzten sicher alles daran, Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Auch bemüht man sich, Rumänien ins Kommunistenlager herüberzuziehen. Ungarische Regierungsbeamte sind durch Gehaltserhöhung, die oft das Doppelte betragen, gewonnen worden. Arbeiter erhalten durchschnittlich etwa 2,000 Kronen monatlich, Geschäftsführer 3,000. Die Ausgabe neuen Papiergeldes hat man aufgegeben, da es nur die Preise in die Höhe treibt.

Italiens Regierung gegen Demonstration

Rom, 10. April. — Die Sozialisten haben hier einen Streik von 24 Stunden zum Andenken an Liebknecht und Rosa Luxemburg, auch zur Feier von Lenines Geburtstag, beschlossen. Die Antisozialisten beabsichtigten eine Versammlung für diesen Tag, der Teil von ihnen jedoch, der für den Krieg ist, wollte eine Gegendemonstration inszenieren. Da ein Zusammenstoß befürchtet wurde, hat die Regierung beides verboten.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgebung—Meistens bewölkt heute abend und Freitag. Wärmer Freitag.

Für Nebraska — Meistens bewölkt heute abend und Freitag, wärmer Freitag und in den westl. und zentralen Teilen heute abend.

Für Iowa — Unbestimmt in den nordwestlichen Teilen. Freitag zum Teil bewölkt und wärmer.